

Beschlüsse der ordentlichen Bundeskonzferenz der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD (AGS)

xx.xxxxxx 2025

Inhaltsverzeichnis

A - Außenpolitik, Zuwanderung, Integration

A01	Fachkräftegewinnung durch Einwanderung bzw. Integration Anerkennung von Qualifikationen	9
A02	Neuausrichtung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit unter sozialdemokratischer Führung	10

AS - Arbeit & Soziales

AS01	Zentraler Datenpool für vereinfachten Datenaustausch	11
AS02	Neue Arbeitswelt und Arbeitsformen	12
AS03	Rechtssicherheit und Bürokratieabbau bei der Scheinselbstständigkeit	13
AS04	Verbesserung der Rahmenbedingungen bzgl. Mutterschutz und Elternzeit für Selbstständige Frauen	14
AS05	Unabhängige soziale Medien	15
AS06	Verpflichtende Mindestvergütungen bei Förderungen für Kunst- und Kulturprojekte	16

B - Bauen, Energie, Umwelt

B01	Bürokratieabbau durch Baurechtstypenabnahme	17
B02	Verpflichtende digitale Einreichung von Bauanträgen	18
B03	Werkwohnungen	19
B04	Gewerbemietrecht	20
B05	Energiewende retten: Verlässliche private Solarförderung in Deutschland sichern!	21
B06	Abschreibung von Baumaßnahmen im Bestand	22
B07	Vorschriften zum Material-Recycling	23

BA - Bildung und Ausbildung

BA01	Anerkennungsverfahren für ausländischer Berufsabschlüsse vereinfachen	24
BA02	Agiles Arbeiten und soziale Aspekte Risiken und Chancen agiler Organisation durch die Veränderung der Arbeit hin zu mehr Selbstorganisation	25

I - Industrie, Wirtschaft, Transformation

I03	Stärken wir selbstständige Frauen und Gründerinnen, stärken wir damit die Innovationskraft Deutschlands Bessere Bedingungen für Gründerinnen für ein soziales, innovatives und nachhaltiges Deutschland!	26
I04	EU-Gesetze und Verordnungen KMU-tauglich machen!	27
I05	Deutschland wieder auf Wachstumskurs bringen – das ist auch Aufgabe der KMUs	28
I06	Verpflichtende Option der WERO Zahlungsmöglichkeit für alle Online-Händler und Zahlungsabwickler auf nationaler und EU-Ebene	32
I07	Neue europäische Rechtsform für Start-ups schaffen – EuroVenture Verordnung	33
I09	Europäischer Browser	34
I10	Keine Beschaffung oder Nutzung von Softwareprodukten des Unternehmens Palantir Technologies Inc. durch Polizei- und Sicherheitsbehörden	35

O - Organisation

- | | | |
|-----|---|----|
| 003 | Organigramm des WBH mit Struktur und Kontaktdaten der jeweiligen Funktionsträger (auch Unterabteilungen, auch Internetbeauftragter & Webmaster) | 36 |
| 004 | Doppelspitze (2) im AGS Bundesvorsitz und Reduktion der Stellvertretung von 3 auf 2, jeweils ungleich-geschlechtlich | 37 |

S - Soziale Absicherung

S01	Einzahlungen in Rentenversicherung und andere Sozialsysteme vereinfachen Stärkung der Rentenversicherung durch die Möglichkeit flexibler Einzahlungsmöglichkeiten	38
S02	Soziale Sicherungssysteme für Selbständige	39
S03	Nachhaltige Entlastung von Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen durch vollständige Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen	40
S04	Reform der „Sozialen Sicherungssysteme“	42
S05	Aktivrente für alle – Einbeziehung der Selbstständigen in das neue Altersvorsorgemodell	43
S06	Einführung einer Lebenszeitrente nach österreichischem Modell – Einbeziehung der Beamtenpensionen in ein einheitliches Rentensystem	44

SV - Steuern, Vergütung

SV01	Aktivrente ohne Erwerbsform-Diskriminierung: Selbstständige gleichberechtigt berücksichtigen	45
SV02	Vereinheitlichung von körperschaft- und gewerbsteuerlicher Bemessungsgrundlage unter Aufrechterhaltung der kommunalen Finanzautonomie	46
SV03	Antrag auf mehr Steuergerechtigkeit bei der Gewerbesteuer für Einzelgewerbetreibende und Personengesellschaften	47
SV04	Unterstützung der Europäischen / Deutschen Textverarbeitung Libre Office (Document Foundation)	48

Antrag A01: Fachkräftegewinnung durch Einwanderung bzw. Integration Anerkennung von Qualifikationen

Laufende Nummer: 18

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Bayern
Status:	erledigt durch BA01
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch BA01
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	BA01
Sachgebiet:	A - Außenpolitik, Zuwanderung, Integration

- 1 Wir fordern die SPD auf, berufliche Körperschaften darin zu unterstützen und sich
- 2 dafür einzusetzen
- 3 - Zugewanderte auf ihrem Weg in die Selbständigkeit stärker zu unterstützen.
- 4 - Bessere und unbürokratische Anerkennung der Abschlüsse auf allen Ebenen zu erwirken

Empfänger*Innen

SPD Bundestagsfraktion

Antrag A02: Neuausrichtung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit unter sozialdemokratischer Führung

Laufende Nummer: 41

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Außenpolitik, Zuwanderung, Integration

1 Die Bundeskonferenz möge beschließen:

2 Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist im
3 Herbst 2025 neu auszurichten. Unter sozialdemokratischer Führung soll die
4 Entwicklungszusammenarbeit (EZ) in eine wirksame, schlanke und subsidiäre
5 Förderarchitektur überführt werden. Dabei gilt:

6 1. **Strukturelle Neuausrichtung:** Das BMZ wird künftig so organisiert, dass Wirkung
7 und Effizienz im Vordergrund stehen, Bürokratie abgebaut und Parallelstrukturen
8 vermieden werden.

9 2. **Budgetanpassung:** Anstelle jährlich schmerzhafter Kürzungen erfolgt eine
10 einmalige, perspektivische Budgetanpassung mit klaren Prioritäten.

11 3. **Querschnittsthemen:** Fragen der guten Regierungsführung sowie die Themen
12 Geschlechtergerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und Minderheitenrechte
13 werden systemisch in allen Projekten integriert.

14 4. **Förderziele:** Förderziele werden fachpolitisch und sektorbezogen definiert. Sie
15 dienen nicht primär deutschen Lieferinteressen, sondern langfristig der Stärkung
16 von Menschenrechten und struktureller Gerechtigkeit.

17 5. **Kooperation mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft:** Fachwissen wird künftig
18 stärker in öffentlich-privaten Formaten, Vereinen, Fachinstituten und
19 Unternehmen verankert, anstatt in abgeschotteten staatlichen Apparaten.

20 6. **Rolle des BMZ:** Das Entwicklungshilfeministerium soll sich künftig verstärkt für
21 internationale Geschäftskontakte einsetzen. Diese Rolle ist klar zu definieren
22 und abzugrenzen, um Überschneidungen mit dem Auswärtigen Amt und dem
23 Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz zu vermeiden.

Empfänger*Innen

SPD Bundestagsfraktion

SPD Parteivorstand

Antrag AS01: Zentraler Datenpool für vereinfachten Datenaustausch

Laufende Nummer: 8

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Brandenburg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	AS - Arbeit & Soziales

- 1 Die SPD-Landtagsfraktionen und deren SPD-Ministerinnen und -minister der
- 2 Landesregierungen werden aufgefordert, für den Zugang zu Leistungen der
- 3 Sozialversicherungen und staatlichen Transferleistungen für einen vereinfachten
- 4 Austausch relevanter Daten zu sorgen.
- 5 Es soll künftig nicht mehr erforderlich sein, bei jeder Antragstellung für eine
- 6 Leistung alle relevanten Daten erneut angeben zu müssen. Die einmalige Angabe der
- 7 Daten soll nach einer entsprechenden Genehmigungserklärung ausreichen.
- 8 Dies soll auch den Austausch mit den Finanzämtern einschließen.
- 9 Nur wenn Änderungen bestehen, ist ein zentraler Datenpool für Unternehmen aufzubauen,
- 10 in den alle Unternehmen einmalig im Monat alle notwendigen Daten für Behörden und
- 11 Sozialversicherungsträger eingeben. Diese können dann von den zuständigen
- 12 Einrichtungen zentral abgefragt werden.
- 13 Als Beispiel können Sterbe- und Vollmachtsregister dienen, die für alle Stellen
- 14 einsehbar und verwendbar sind.

Empfänger*Innen

SPD-Landtagsfraktionen

Antrag AS02: Neue Arbeitswelt und Arbeitsformen

Laufende Nummer: 11

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Bayern
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AS - Arbeit & Soziales

1

2 1. Wir erkennen an, dass sich die Arbeitswelt und die Erwartungen der jungen
3 Generation an diese gewandelt haben.

4 2. Die SPD wird sich dafür einsetzen, die gesetzlichen Vorgaben für die
5 Arbeitsgestaltung so zu verändern, dass diese einerseits der von den jungen
6 Arbeitnehmern gewünschten Flexibilität nicht im Wege stehen, aber auch dennoch
7 einen zeitgemäßen Schutz vor (Selbst-)Ausbeutung zu bieten.

8 3. Die geänderten Arbeitsformen und Erwerbsbiographien erfordern, die soziale
9 Absicherung neu zu denken.

10 4. Konkret fordern wir:

11 1. Erhöhung der Möglichkeit steuerfreier Zuschüsse des Arbeitgebers zum
12 Homeoffice des AN bis zu realen Höhe der Kosten des Arbeitnehmers oder
13 wahlweise der ersparten Kosten des Arbeitgebers.

14 2. Es muss sichergestellt werden, dass die vorübergehende Arbeitserbringung
15 aus dem Ausland ohne Veranlassung des Arbeitgebers keine steuerliche
16 Betriebsstätte im Ausland begründet.

17 3. In künftigen Doppelbesteuerungsabkommen soll ausdrücklich geregelt werden,
18 dass die Erbringung von Leistungen des eigenen Unternehmens keine
19 Betriebsstätte begründet, wenn dies für weniger als 6 Monate und nur
20 vorübergehend im Ausland erfolgt.

21 4. Ein Abweichen von den Vorschriften des Arbeitszeitgesetzes zuzulassen,
22 soweit der Arbeitnehmer hinsichtlich der Lage seiner Arbeitszeiten zu mehr
23 als 50% frei ist.

24 5. Sicherzustellen, dass Arbeitszeitkonten bis mindestens der hälftigen
25 jährlichen Arbeitszeit unproblematisch möglich sind, soweit kein Zwang zum
26 Aufbau von Guthaben besteht.

Empfänger*Innen

SPD Bundestagsfraktion

SPD Parteivorstand

Antrag AS03: Rechtssicherheit und Bürokratieabbau bei der Scheinselbstständigkeit

Laufende Nummer: 12

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Bayern
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	AS - Arbeit & Soziales

1 Die aktuelle Rechtslage bildet nur unzureichend die heutige Arbeitswelt ab. Die SPD
2 wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass im Arbeitsministerium eine Anpassung
3 der Kriterien für die Feststellung der Selbstständigkeit bei den Regelungen bei der
4 Beauftragungen von Einzelunternehmer:innen erfolgt. Die Regelungen sollten so
5 formuliert werden, dass unnötige Bürokratie vermieden und Rechtssicherheit
6 hergestellt wird. Ein klares Kriterium der Selbstständigkeit ist es z. B. wenn eine
7 Projektstätigkeit erbracht wird, für die es einen öffentlichen Markt gibt und dessen
8 Stundensatz nicht niedriger ist, als die Bruttokosten vergleichbarer Tätigkeiten in
9 einer Festanstellung. Durchschnittslöhne können über öffentlich zugängliche
10 Auskünfte auf entsprechenden Seiten oder durch geeignete Marktstudien der Branchen
11 erfolgen. So wird auf der einen Seite Ausbeutung vorgebeugt und auf der anderen Seite
12 freie Berufsauswahl nicht verhindert. Wichtig ist bei jeder Form von Kriterien, dass
13 es sich um Positivkriterien handelt. [Weiterhin ist von Selbstständigkeit auszugehen,](#)
14 [wenn die Person weitgehend selbstständig über ihre Zeit verfügt. Ein drittes](#)
15 [Kriterium ist, dass die Person mit ihren Leistungen werbend am Markt auftritt.](#)
16 [Treffen diese Kriterien zu,](#) dann ist von Selbstständigkeit auszugehen. Dies
17 verhindert in den Unternehmen unnötige Bürokratie und stellt Rechtssicherheit her.
18 Weiterhin ist eine unabhängige Clearingstelle einzurichten, welche die
19 Statusfeststellungsverfahren durchführt. Das Statusfeststellungsverfahren erfolgt
20 derzeit durch die Deutsche Rentenversicherung. Wir fordern eine Clearingstelle, die
21 aus einem unabhängigen Gremium besteht. Diese kann z. B. aus Vertreter:innen der
22 IHK, HWK, freier Berufe und Verbänden bestehen. Für die Sicherstellung der Interessen
23 der Sozialversicherungen können in den Gremien auch Vertreter:innen der
24 Rentenversicherung oder der Arbeitsagentur einbezogen werden. Transparenz muss bei
25 Berücksichtigung des Datenschutzes der Einzelpersonen bei denen ein
26 Feststellungsverfahren durchgeführt wird, gewährleistet sein. Wird dann bei einem
27 Verfahren Selbstständigkeit festgestellt, so sind dem/der Beklagten die Anwaltskosten
28 zu ersetzen.

Empfänger*Innen

SPD Bundestagsfraktion

SPD Parteivorstand

Antrag AS04: Verbesserung der Rahmenbedingungen bzgl. Mutterschutz und Elternzeit für Selbstständige Frauen

Laufende Nummer: 24

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Saarland
Status:	erledigt durch I03
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch I03
Sachgebiet:	AS - Arbeit & Soziales

- 1 Die Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen fordert die Bundesregierung auf, die
- 2 bestehenden gesetzlichen Rahmenbedingungen für Mutterschutz und Elternzeit für
- 3 Selbstständige zu überarbeiten und zu verbessern.
- 4 Ziel ist es, eine gleichberechtigte soziale Absicherung und bessere Vereinbarkeit von
- 5 Familie und Selbstständigkeit zu gewährleisten. Dabei sollen die im aktuellen
- 6 Koalitionsvertrag verankerten Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit,
- 7 Familienförderung und Chancengleichheit konsequent umgesetzt werden.

Empfänger*Innen

SPD-Mitglieder in der Bundesregierung

SPD Bundestagsfraktion

Antrag AS05: Unabhängige soziale Medien

Laufende Nummer: 25

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	AS - Arbeit & Soziales

- 1 Auf nationaler und europäischer Ebene ist zu beantragen, dass in der modernen Welt
- 2 die Teilhabe an sozialen Medien Bestandteil der Daseinsvorsorge ist. Um diese zu
- 3 gewährleisten, den Datenschutz zu garantieren und Unabhängigkeit von einzelnen,
- 4 wenigen und marktbeherrschenden Konzernen zu erreichen, haben die Europäische
- 5 Kommission wie die nationalen und europäischen Institutionen die notwendige
- 6 technische Infrastruktur konzernunabhängig und frei zugänglich für alle Bürger und
- 7 Unternehmen bereit zu stellen.

Empfänger*Innen

SPD Bundestagsfraktion

SPD-Fraktion im Europaparlament

Antrag AS06: Verpflichtende Mindestvergütungen bei Förderungen für Kunst- und Kulturprojekte

Laufende Nummer: 48

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AS - Arbeit & Soziales

- 1 Der Bundesvorstand der SPD sowie die Abgeordneten der Bundestagsfraktion setzen sich
- 2 in ihren jeweiligen Bundesländern dafür ein, dass Fördergelder für Projekte im Kunst-
- 3 und Kulturbereich nur gewährt werden, wenn die von den entsprechenden Berufsverbänden
- 4 empfohlenen Mindestvergütungen zur Anwendung kommen.

Empfänger*Innen

SPD-Bundesvorstand
SPD-Bundestagsfraktion

Antrag B01: Bürokratieabbau durch Baurechtstypenabnahme

Laufende Nummer: 6

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Brandenburg
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	B - Bauen, Energie, Umwelt

- 1 Die SPD-Landtagsfraktionen und deren SPD-Ministerinnen und -minister der
- 2 Landesregierungen werden aufgefordert, durch eine vereinfachte Bautypenabnahme einen
- 3 wichtigen Beitrag für Entbürokratisierung auf den Weg zu bringen.
- 4 Wird für einen Gebäudetyp ein Bauantrag gestellt, der mehrfach zum Bau vorgesehen
- 5 ist, gilt die Genehmigung für alle Gebäude, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums,
- 6 etwa 5 Jahre, entsprechend errichtet werden.

Empfänger*Innen

SPD-Landtagsfraktionen

SPD-Ministerinnen und -minister der Landesregierungen

Antrag B02: Verpflichtende digitale Einreichung von Bauanträgen

Laufende Nummer: 7

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Brandenburg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	B - Bauen, Energie, Umwelt

- 1 Die SPD-Landtagsfraktionen und die SPD-Ministerinnen und -minister der
- 2 Landesregierungen werden aufgefordert Bauanträge bundeseinheitlich zu standardisieren
- 3 und ein Portal aufzubauen, wo sie digital eingereicht werden und damit schneller und
- 4 effektiver bearbeitet und genehmigt werden können.

Empfänger*Innen

SPD-Landtagsfraktionen
SPD-Ministerinnen und -minister der
Landesregierungen

Antrag B03: Werkwohnungen

Laufende Nummer: 20

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Bayern
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	B - Bauen, Energie, Umwelt

- 1 Um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken, beantragt die AGS den Ausbau von
- 2 Fördermaßnahmen zum Werkwohnungsbau, damit auch KMU in der Lage sind, sich u.a. mit
- 3 Genossenschaften am Werkwohnungsbau zu beteiligen und die entsprechende Ergänzung des
- 4 Wohnraumförderungsgesetzes – WoFG.
- 5 Länder sollen angewiesen werden, eine Beratungsstelle dafür einzurichten, wie
- 6 Kommunen:
- 7 • im Rahmen der Vergabe ihrer Flächen Firmen zum Werkwohnungsbau verpflichten
- 8 können
- 9 • eine Vermittlungsstelle für Baugemeinschaften einrichten, damit mehrere Firmen
- 10 gemeinsamen Werkwohnungsbau planen können

Empfänger*Innen

SPD Bundestagsfraktion

SPD Landtagsfraktionen

Antrag B04: Gewerbemietrecht

Laufende Nummer: 21

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Bayern
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	B - Bauen, Energie, Umwelt

- 1 Das Gewerbemietrecht muss überprüft werden und sprunghaft steigende Mieten sollen
- 2 nicht möglich sein.
- 3 Gesetzliche Regelungen zu Mieterhöhungen sollen im Rahmen des Milieuschutzes
- 4 angepasst werden.
- 5 Traditionsunternehmen sind in den Milieuschutz und damit in die Erhaltungssatzungen
- 6 einzubeziehen.

Empfänger*Innen

SPD Bundestagsfraktion

Antrag B05: Energiewende retten: Verlässliche private Solarförderung in Deutschland sichern!

Laufende Nummer: 36

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	B - Bauen, Energie, Umwelt

- 1 Die AGS fordert ein neues Fördermodell für private Solaranlagen, dass:
- 2 • einen privaten Anteil an der Umstellung auf regenerative Energie sichert
- 3 • Investitionen in Solarenergie lohnenswert macht
- 4 • Fördermittel in ausreichender, aber auch in ökonomisch vertretbarer Größe
- 5 langfristig sichert.
- 6 • Planungssicherheit für Verbraucher, Installationshandwerk und Hersteller.
- 7

Empfänger*Innen

SPD Bundestagsfraktion

SPD Landtagsfraktionen

Antrag B06: Abschreibung von Baumaßnahmen im Bestand

Laufende Nummer: 54

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Bayern
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	B - Bauen, Energie, Umwelt

- 1 Im ländlichen Raum gibt es in vielen Kommunen beträchtlichen Leerstand, sowohl bei
- 2 älteren Wohngebäuden wie auch bei Gewerbeimmobilien, die sich eignen, in Wohnraum
- 3 umgenutzt zu werden.
- 4 Als Anreiz zum Erwerb von Bestandsbauten muss eine Anpassung der
- 5 Abschreibungsmodalitäten an die für Neubauten vorgenommen werden.

Empfänger*Innen

SPD Bundestagsfraktion

SPD Landtagsfraktionen

Antrag B07: Vorschriften zum Material-Recycling

Laufende Nummer: 55

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Bayern
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	B - Bauen, Energie, Umwelt

- 1 Beim Bau müssen verstärkt recycelte Baustoffe verwendet werden, die eine geringere
- 2 Umweltbelastung verursachen. Das Upcycling von Bauabfällen spielt eine immer größere
- 3 Rolle, um die Ressourcenschonung weiter voranzutreiben.
- 4 Für Planer wie für ausführende Firmen müssen Regelungen zum Haftungs- und
- 5 Gewährleistungsausschluss gefunden werden.
- 6 Bewertet werden muss in erster Linie die Qualität der Arbeit, da für gebrauchtes
- 7 Material eventuell Prüfzeugnisse und Zulassungen überholt sind.

Empfänger*Innen

SPD Bundestagsfraktion

SPD Landtagsfraktionen

Antrag BA01: Anerkennungsverfahren für ausländischer Berufsabschlüsse vereinfachen

Laufende Nummer: 5

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Brandenburg
Status:	Sonstiges Annahme unter Ergänzung bzw. Einbeziehung A01
Empfehlung Antragskommission:	Sonstiges Annahme unter Ergänzung bzw. Einbeziehung A01
Sachgebiet:	BA - Bildung und Ausbildung

- 1 Die SPD-Fraktion wird beauftragt, Zugewanderte auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit
- 2 stärker zu unterstützen und darauf hinzuwirken, dass die Landesregierungen die
- 3 erforderlichen Voraussetzungen schaffen, bei der Anerkennung von ausländischer
- 4 Berufsqualifikationen und Schulabschlüssen ein möglichst hohen Standardisierungs- und
- 5 Digitalisierungsgrad zu erreichen. Darunter verstehen wir unter anderem den Aufbau
- 6 eines Qualitätsregisters für ausländische Berufsfachschulen und Ausbildungsstätten.
- 7 Ist das erfolgt, muss nicht für jeden einzelnen die Qualifikation überprüft werden,
- 8 sondern können Berufsabschlüsse der zertifizierten Berufsfachschulen ohne
- 9 Einzelprüfung anerkannt werden.

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag BA02: Agiles Arbeiten und soziale Aspekte Risiken und Chancen agiler Organisation durch die Veränderung der Arbeit hin zu mehr Selbstorganisation

Laufende Nummer: 14

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Bayern
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	BA - Bildung und Ausbildung

- 1 Die SPD wird aufgefordert darauf hinzuwirken, dass die SPD-Landtagsfraktionen
- 2 umgehend ein gefördertes Aus- und Weiterbildungsprogramm für Unternehmen in
- 3 Krisensituationen einführen, die eine organisatorische Modernisierung auch bei
- 4 knappen finanziellen Mitteln ermöglichen. Dieses Programm sollte die
- 5 Transformationsberatung verstärken und kostenlose Schulungen bei Kammern und
- 6 Verbänden zu agilen Methoden, Innovationen im Krisenmanagement und digitaler
- 7 Transformation anbieten. Angelehnt an die Initiative "NextGen4Bavaria", jedoch mit
- 8 Fokus auf KMU in schwierigen Situationen oder umkämpften Märkten, so dass auch bei
- 9 Eintritt in eine schwierige Ertragssituation, insbesondere durch disruptive Effekte,
- 10 eine nachhaltige Sicherung des Unternehmens möglich wird.

Empfänger*Innen

SPD-Landtagsfraktionen

Antrag I03: Stärken wir selbstständige Frauen und Gründerinnen, stärken wir damit die Innovationskraft Deutschlands Bessere Bedingungen für Gründerinnen für ein soziales, innovatives und nachhaltiges Deutschland!

Laufende Nummer: 17

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Bayern
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	AS04
Sachgebiet:	I - Industrie, Wirtschaft, Transformation

- 1 Die SPD-Landtagsfraktionen mögen darauf hinwirken, dass sich die Länder der
2 niedersächsischen Bundesratsinitiative anschließen, Mutterschutz für Selbstständige
3 gesetzlich zu verankern. Außerdem möge die SPD sich dafür einsetzen, dass es eine
4 Lösung gibt, die Bezahlung der Betriebskosten während des Mutterschutzes
5 sicherzustellen, ohne diese Kosten allein betroffenen Frauen über eine Versicherung
6 aufzubürden.
- 7 Ziel ist es, eine gleichberechtigte soziale Absicherung und bessere Vereinbarkeit von
8 Familie und Selbstständigkeit zu gewährleisten. Dabei sollen die im aktuellen
9 Koalitionsvertrag verankerten Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit,
10 Familienförderung und Chancengleichheit konsequent umgesetzt werden.
- 11 Die SPD-Landtagsfraktionen wird aufgefordert, eine Anfrage im Landtag zum Thema zu
12 stellen, ob Beratungen für Gründerinnen und Unternehmerinnen auf Landkreisebene
13 bestehen und ob diese sich spezifisch an Frauen richten. Hierfür ist auch eine
14 Geschlechterquote in der Beratung festzustellen. Sollte innerhalb der benachbarten
15 Landkreise kein spezifisches Angebot vorliegen, so sollen die entsprechenden
16 Kreisverbände dazu aufgefordert werden, sich für ein entsprechendes spezifisches
17 Beratungsangebot einzusetzen. Hierbei ist auf die Qualität der Beratung zu achten.
- 18 Die SPD Kreisverbände werden aufgefordert, zu eruieren, wie das Verhältnis
19 Gründerinnen und weibliche Business Angels bei ihnen vor Ort ist. Liegen die Quoten
20 unter dem deutschen Durchschnitt sollen Landkreise, auch in Zusammenarbeit mit
21 Nachbarlandkreisen aufgefordert werden, entsprechende Maßnahmen anzuregen, damit
22 zumindest der Bundesdurchschnitt erreicht wird.

23

Empfänger*Innen

SPD-Landtagsfraktionen

Antrag I04: EU-Gesetze und Verordnungen KMU-tauglich machen!

Laufende Nummer: 29

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	I - Industrie, Wirtschaft, Transformation

- 1 Die AGS fordert:
- 2 • Alle EU-Rechtsvorschriften daraufhin zu prüfen, ob sie für KMU's zumutbar und
- 3 umsetzbar sind. Weiterhin muss in der Zielsetzung eine Balance zwischen
- 4 wirtschaftlicher Umsetzbarkeit und Umwelt/Klimaschutz angestrebt werden.
- 5 • EU-Rechtsvorschriften müssen ausreichende Übergangs- und Anpassungszeiten für
- 6 betroffene Unternehmen gewähren, insbesondere für KMU's.
- 7 • Alle EU-Rechtsvorschriften müssen nach Inkrafttreten in angemessener Zeit
- 8 evaluiert werden.
- 9 • Die Europäischen Kommission muss für eine einheitliche, rechtssichere und
- 10 wirksam kontrollierte Anwendung von EU-Rechtsvorschriften in allen EU-Ländern
- 11 sorgen. EU-Rechtsvorschriften dürfen in Deutschland nicht verschärft werden, um
- 12 Wettbewerbsnachteile in der EU zu vermeiden.

Empfänger*Innen

SPD Bundestagsfraktion

SPD Landtagsfraktionen

SPD-Mitglieder im Europaparlament

Antrag I05: Deutschland wieder auf Wachstumskurs bringen – das ist auch Aufgabe der KMUs

Laufende Nummer: 37

Antragsteller*in:	Bundесvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	I - Industrie, Wirtschaft, Transformation

1 Die SPD steht für wirtschaftliche Dynamik ebenso wie für soziale Sicherheit. Beide
2 sind die Grundlagen unseres Wohlstandes und müssen in einem ausgeglichenen Verhältnis
3 zueinanderstehen. Das setzt wirtschaftliches Wachstum voraus. Unsere Wirtschafts- und
4 Finanzpolitik müssen wir entsprechend ausrichten. Wir dürfen sie aber nicht nur an
5 Industrie, großen Aktiengesellschaften und großen Familienunternehmen orientieren,
6 sondern auch an KMUs.

7

8 Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Belange von Selbständigen, Freiberuflern,
9 Start-ups, KMU und Handwerk systematisch in der Wirtschafts- und Finanzpolitik
10 berücksichtigt werden. In diesem Segment der Wirtschaft findet Innovation und
11 Kreativität statt. Diese gilt es auszubauen, zu unterstützen und zu fördern.

12 Dazu sind folgende Schritte grundsätzlich notwendig, wie die Digitalisierung
13 beschleunigen, Produkt- und Prozessinnovationen stärken, Energieeffizienz und
14 nachhaltiges Wirtschaften fördern, Fachkräfte sichern und ausbilden und uns um das
15 Thema neue Markterschließung, einschließlich Export, kümmern.

16 Politik muss dazu nach wie vor die Rahmenbedingungen setzen.

17

18 Deutschland wieder auf Wachstumskurs zu bringen, sehen wir als eine der Hauptaufgaben
19 der AGS an.

20

21 Dazu fordern wir unter anderem:

22 1. Bürokratieabbau und Digitalisierung

- 23 • Vereinfachung von Steuer- und Berichtspflichten, u. a. durch digitale Standards
24 und zentrale Anlaufstellen.
- 25 • Gleiche Standards für Produktzulassungen, Zertifizierungen und
26 Nachhaltigkeitsauflagen.
- 27 • Die Beratungsleistungen von IHKs, Gründerzentren und Agenturen müssen
28 systematisch gebündelt und erweitert werden, um KMUs bei dem Thema
29 Energieeffizienz beraten.
- 30 • Ausbau von One-Stop-Shops für Gründungen, Genehmigungen und Förderprogramme.
- 31 • Einführung von Schnellverfahren für Selbständige und KMU bei Steuern,
32 Sozialversicherung und öffentlichen Aufträgen.
- 33 • Den eingeschlagenen Weg der Bundesregierung bei der Beschleunigung von Planungs-
34 und Genehmigungsverfahren konsequent fortsetzen. Dazu ist die Einsetzung einer

Arbeitsgruppe auf der Ebene der Bundesregierung mit Beteiligung von Expertise aus Ländern und Kommunen, aber auch aus der Wirtschaft und Wissenschaft, notwendig. Die Arbeitsgruppe muss alle bisherigen Anstrengungen überprüfen und einen Maßnahmenkatalog vorlegen.

- Konsequente Digitalisierung der Verwaltung mit verbindlichen Fristen.
- Aufbau eines KI-getragenen Informations- und Unterstützungssystems, das systematisch über Fördermöglichkeiten aufklärt und Gründerinnen und Gründer beim Antragsprozess begleitet.
- In der EU „KMU-Test“ für Richtlinien und Verordnungen: systematische Prüfung, ob sie für kleinere Unternehmen praktikabel ist.
- Einfacher Zugang zu Daten, Cloud-Infrastruktur und KI-Tools basierend auf EU-Recht.
- Sämtliche Angebote – ob Software oder Cloud-Lösungen – die mit öffentlichen Geldern gefördert und/oder bezahlt werden, müssen EU/EFTA-konform sein, dürfen nur innerhalb der EU/EFTA gespeichert und verarbeitet werden und müssen mehrheitlich in ausschließlichen EU/EFTA-Besitz sein.
- Bei Urheberrechtsverstößen im Internet muss die erste Abmahnung kostenfrei gestellt werden.

2. Finanzierung und Förderung

- Kapitalmarktunion vorantreiben: Verbesselter Zugang zu Kapital, Förderprogrammen und Förderkrediten für Start-ups und KMU.
- Stärkung regionaler Banken und Förderinstitute, die oft der erste Ansprechpartner für KMU sind.
- Einführung einer steuerlichen Sofortabschreibung für Investitionen in Digitalisierung, Klimaschutz und Weiterbildung.
- Ausbau von KfW-Schnellkrediten und vereinfachte Antragsverfahren für Mikrokredite.
- Förderung von Mitarbeiterkapitalbeteiligungen durch Abbau steuerlicher Hürden.
- Umsetzung eines Transformationsfonds, um Start-ups und KMU in Wachstumsphasen gezielt zu unterstützen.
- Förderkredite für Unternehmensnachfolge einführen.

3. Soziale Absicherung von Selbstständigen

- Faire und bezahlbare sozialer Sicherungssysteme für Selbstständige durch einkommensgerechte Beiträge anstelle von Mindestbeträgen, insbesondere im Bereich Rente, Kranken- und Arbeitslosenversicherung.
- Flexible Modelle, die die unterschiedlichen Einkommensrealitäten von Selbstständigen berücksichtigen.
- Erweiterung der Künstlersozialkasse für weitere freie Berufe.

4. Fachkräfte und Weiterbildung

- Gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung der dualen und akademischen Bildung als gleichwertige Bestandteile unseres Bildungssystems.
- Bessere Unterstützung und beschleunigte Verfahren bei Fachkräftegewinnung, insbesondere durch Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogrammen und gezielte Zuwanderungspolitik. Automatisiertes und digitales Anerkennungsverfahren ausländischer Ausbildungsabschlüsse. Deutliche Erweiterung der Anerkennung und Einschluss der Ausbildungszertifikate deutscher Institution im Ausland bzw. von diesen zertifizierter Ausbildungseinrichtungen.
- Förderung lebenslangen Lernens in KMU und für Selbständige.

5. Faire Wettbewerbsbedingungen

- Bei den Energiepreisen müssen die KMUs deutlich entlastet werden. Das Maßnahmenpaket (Stromsteuer, Umlagen und Netzentgelte im Koalitionsvertrag mit 5 Cent pro kWh bietet dazu einen Ansatz.
- Sicherstellung von fairen Marktbedingungen gegenüber großen Konzernen und Plattformanbietern.
- Kampf gegen Scheinselbständigkeit und Schwarzarbeit.
- Schutz vor unfairem Wettbewerb durch internationale Standards und EU-weite Kooperation.
- Die EU schützt sich am besten durch Diversifizierung, geschlossene Gegenwehr, institutionelle Reformen und gezielte Deals, um gleichzeitig robust und flexibel auf die globalen Herausforderungen zu reagieren.

6. Sicherheit und Verteidigung

- Der Zugang zu den wachsenden Investitionen in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung ist für KMUs und Start-ups bislang unzureichend transparent und zugänglich. Sie dürfen auf diesem Feld nicht außen vorgelassen werden. Ausschreibungen der Bundeswehr und der NATO unterliegen zurecht hohen Auflagen. Es ist daher dringend erforderlich, dass Bundeswehr und NATO ihre Informations- und Zugangswege klar kommunizieren und aktiver insbesondere auf KI-Start-ups zugehen, sich um entsprechende Aufträge zu bewerben. Dazu muss eine Plattform im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geschaffen werden, die nicht nur informiert, Möglichkeiten des Austausches und der Vernetzung für KMUs bietet, sondern auch Förderprogramme zur Verfügung stellt.

7. Einbindung in politische Prozesse

- Einrichtung eines ständigen Dialogforums zwischen SPD, Verbänden der Selbständigen und Freiberuflern, Handwerk und Start-up-Organisationen und Mittelstandsvertretungen. Die AGS wird das auf ihrer Ebene auf den Weg bringen und ein Dialogforum „Innovation für Wachstum“ einrichten.
- Der vor uns liegende Weg zum neuen Grundsatzprogramm bietet die Chance, die Lage für Selbständige, Freiberufler, Handwerk und Start-ups nachhaltig zu verbessern.

120

121

Empfänger*Innen

SPD-Bundesvorstand

SPD Bundestagsfraktion

SPD Landtagsfraktionen

SPD-Mitglieder der Bundesregierung

SPD-Mitglieder der Landesregierungen

Antrag I06: Verpflichtende Option der WERO Zahlungsmöglichkeit für alle Online-Händler und Zahlungsabwickler auf nationaler und EU-Ebene

Laufende Nummer: 40

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	I - Industrie, Wirtschaft, Transformation

- 1 *Die Bundeskonferenz möge beschließen:*
- 2 Alle Online-Händler und Zahlungsabwickler werden von den jeweiligen Landes-, Bundes-
- 3 & EU-Regierungen aufgefordert, auf Länder-, Bundes- und auf EU-Ebene WERO
- 4 verpflichtend als eine der Online-Zahlungsoptionen für sämtliche Transaktionen
- 5 innerhalb der EU dauerhaft und gleichberechtigt zu allen existierenden oder auch
- 6 zukünftigen Zahlungsoptionen anzubieten.

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landtagsfraktionen

SPD-Mitglieder des Europaparlaments

Antrag I07: Neue europäische Rechtsform für Start-ups schaffen – EuroVenture Verordnung

Laufende Nummer: 42

Antragsteller*in:	Bundесvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	I - Industrie, Wirtschaft, Transformation

- 1 Die AGS setzt sich dafür ein, dass die Europäische Kommission zeitnah eine Verordnung
- 2 zur Einführung einer neuen EU-weiten Rechtsform für Start-up-Unternehmen vorlegt.
- 3 Damit soll ein rechtsverbindlicher einheitlicher Rechtsrahmen für Gründung,
- 4 Verwaltung, Finanzierung und Beteiligung geschaffen werden, der den europäischen
- 5 Binnenmarkt stärkt und jungen Unternehmen den Marktzugang erleichtert.

Empfänger*Innen

SPD-Bundесvorstand

SPD-Mitglieder der Bundesregierung

SPD Mitglieder der Landesregierungen

SPD Bundestagsfraktion

SPD Landtagsfraktionen

Antrag I09: Europäischer Browser

Laufende Nummer: 46

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	I - Industrie, Wirtschaft, Transformation

- 1 Überprüfung der Möglichkeiten und zeitnahe Überführung der Mozilla-Foundation in eine
- 2 Gemeinnützige Europäische Stiftung.
- 3 Ersatzweise die Zusammenfassung von Vivaldi, Ecosia, Aloha und Mullvad in einer
- 4 Gemeinnützigen Europäischen Stiftung und deren finanzielle und logistische
- 5 Unterstützung und Einbettung in alle Plattformen, die in Europa mit europäischen
- 6 Steuergeldern anteilig oder voll finanziert werden.

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landtagsfraktionen

SPD-Mitglieder des Europäischen Parlaments

Antrag I10: Keine Beschaffung oder Nutzung von Softwareprodukten des Unternehmens Palantir Technologies Inc. durch Polizei- und Sicherheitsbehörden

Laufende Nummer: 53

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	I - Industrie, Wirtschaft, Transformation

1 Die Bundeskonferenz möge beschließen:

1. Die genannten Stellen werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass Polizei- und Sicherheitsbehörden der Länder, des Bundes und auf EU-Ebene keine Softwarelösungen der Palantir Technologies Inc. (insbesondere „Gotham“ oder vergleichbare Analyseplattformen) beschaffen, testen oder dauerhaft einsetzen.
2. Bereits beschaffte Produkte sollen zeitnah stillgelegt werden.
3. Die genannten Stellen werden aufgefordert, sicherzustellen, dass sämtliche Daten aller Polizei- und Sicherheitsbehörden der Länder, des Bundes und auf EU-Ebene ausschließlich auf Servern und Verarbeitungsplattformen gespeichert und verarbeitet werden, die keiner Behörde, Gerichten oder Entscheidern außerhalb des Rechtes und der Jurisdiktion des Landes, des Bundes bzw. der EU Einsicht oder Zugriff ermöglichen.
4. Die genannten Stellen wirken im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hin, dass bei den Ländern, dem Bundes und auf EU-Ebene derartige Softwareprodukte ausgeschlossen werden, sofern sie analog gegen Grundrechte, europäische Datenschutzvorgaben oder rechtsstaatliche Prinzipien verstoßen.

Empfänger*Innen

SPD-Bundesvorstand

SPD-Mitglieder der Bundesregierung

SPD Mitglieder der Landesregierungen

SPD Bundestagsfraktion

SPD Landtagsfraktionen

SPD-Mitglieder des Europaparlaments

Antrag O03: Organigramm des WBH mit Struktur und Kontaktdaten der jeweiligen Funktionsträger (auch Unterabteilungen, auch Internetbeauftragter & Webmaster)

Laufende Nummer: 50

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Rheinland-Pfalz
Status:	erledigt durch WBH
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch WBH
Sachgebiet:	O - Organisation

- 1 Das WBH wird aufgefordert, zeitnah ein Organigramm des WBH mit Struktur und
- 2 Kontaktdaten der jeweiligen Funktionsträger (auch Unterabteilungen, auch
- 3 Internetbeauftragter & Webmaster) zu erstellen und dieses den AGS Bundes- und
- 4 Landesvorsitzenden, den Stellvertretern und Internetbeauftragten & Webmaster
- 5 jederzeit online zugänglich zu machen.

Empfänger*Innen

SPD Generalsekretär

Antrag 004: Doppelspitze (2) im AGS Bundesvorsitz und Reduktion der Stellvertretung von 3 auf 2, jeweils ungleich-geschlechtlich

Laufende Nummer: 51

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Rheinland-Pfalz
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	O - Organisation

- 1 Festschreibung einer ungleich-geschlechtlichen Doppelspitze (2) im AGS Bundesvorsitz,
- 2 einer Reduktion von 3 auf 2 im stellvertretenden Vorsitz und auch hier die
- 3 Festschreibung der ungleich-geschlechtlichen Besetzung.

Empfänger*Innen

AGS Bundesvorstand

falls notwendig: SPD Parteivorstand

Antrag S01: Einzahlungen in Rentenversicherung und andere Sozialsysteme vereinfachen Stärkung der Rentenversicherung durch die Möglichkeit flexibler Einzahlungsmöglichkeiten

Laufende Nummer: 15

Antragsteller*in:	SDP-Landesverband Bayern
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	S - Soziale Absicherung

- 1 Die SPD möge sich dafür einsetzen, dass es Selbständigen möglich wird, freiwillig in
- 2 die Rentenversicherung einzuzahlen auch wenn sie schon länger selbstständig sind.
- 3 Dazu soll ein vereinfachtes Verfahren ermöglicht werden, dass Einzahlungen auch
- 4 später ermöglicht, um eine bessere Absicherung in den jeweils passenden Jahren zu
- 5 ermöglichen.

Empfänger*Innen

SPD Bundestagsfraktion

Antrag S02: Soziale Sicherungssysteme für Selbständige

Laufende Nummer: 19

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Bayern
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	S - Soziale Absicherung

1 Die AGS fordert die Integration von Selbstständigen in alle Sicherungssysteme, unter
2 anderen:

3 **Krankenversicherung:**

- 4 • Bei Beitragsrückstand, der bei Gründer*innen schnell entstehen kann, unbürokratisch
5 Ratenzahlungen ermöglichen, um den Verlust von Leistungsansprüchen zu
6 vermeiden.
- 7 • Beibehaltung der Senkung des Beitragssatzes auf Grundlage einer Mindestbe-
8 messungsgrenze für Selbständige mit geringem Einkommen und gegebenenfalls
9 kurzfristige Anpassung bei statistisch belegten neuen Erkenntnissen.
- 10 • Rückkehr in die GKV nach Insolvenz im Alter von über 55 Jahren erleichtern.
- 11 • Langfristig Einführung der Bürgerversicherung.

12 **Arbeitslosenversicherung**

- 13 • Die Verpflichtung zu einer versicherungspflichtigen Beschäftigung von 12
14 Monaten, die **30 Monate vor Beginn der selbstständigen Tätigkeit stattgefunden**
15 **haben muss, soll als Beitrittskriterium für die freiwillige**
16 **Arbeitslosenversicherung abgeschafft wer-den, damit auch Personen von dem**
17 **Angebot profitieren können, die sich direkt nach dem Studium selbstständig**
18 **machen.**

19 **Altersvorsorge**

- 20 • Einführung der Basisaltersversicherung für alle Erwerbstätigen

Empfänger*Innen

SPD Bundestagsfraktion

Antrag S03: Nachhaltige Entlastung von Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen durch vollständige Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen

Laufende Nummer: 27

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	S - Soziale Absicherung

1. Präambel

Die Sozialabgaben (Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) belasten Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen aktuell mit fast 42 % des Bruttolohns – Tendenz steigend. Hohe Abgaben schmälern die Kaufkraft, hemmen Investitionen und schwächen den Standort Deutschland. Gleichzeitig finanzieren die Sozialkassen zahlreiche Aufgaben, die keine originären Versicherungsleistungen darstellen.

Diese versicherungsfremden Leistungen belaufen sich laut Deutscher Rentenversicherung auf bis zu 112 Mrd. € jährlich. Seit Einführung der dynamischen Rente 1957 summiert sich die Unterdeckung auf über 1.023 Mrd. €. Damit wird die Solidargemeinschaft der Beitragszahler:innen übermäßig belastet, während gesamtgesellschaftliche Aufgaben nicht aus Steuermitteln finanziert werden.

Die SPD muss hier ihrer Verantwortung gerecht werden: Für eine faire Lastenverteilung, Stärkung des Sozialstaates und nachhaltige Sicherung der Sozialversicherung.

2. Sachverhalt

- Pflichtleistungen, die heute vollständig aus Beiträgen gezahlt werden (u. a. Kinder-Mitversicherung, Rentenanteile für Pflegepersonen, Fremdrenten, Bürgergeld-Basisversorgung), sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben.
- Die Finanzierung ausschließlich durch Beitragszahler:innen führt zu struktureller Ungerechtigkeit und steigenden Beitragssätzen.
- Bereits jetzt droht der Rentenbeitrag bis 2027 auf über 19 % zu steigen.
- Wissenschaft und Bundesrechnungshof fordern seit Jahren eine klare Definition und Abgrenzung versicherungsfremder Leistungen und deren Finanzierung aus dem Bundeshaushalt.

3. Forderungen

Die AGS Bund beantragt, dass SPD und Bundesregierung folgende Maßnahmen umsetzen:

1. Klare Definition und Transparenz
- Gesetzliche Festlegung, welche Leistungen versicherungsfremd sind.

- 29 - Verpflichtende jährliche Berichte an Bundestag und Öffentlichkeit.
- 30 2. Steuerfinanzierung statt Beitragsfinanzierung
- 31 - Vollständige Finanzierung aller versicherungsfremden Leistungen aus Steuermitteln.
- 32 - Dynamische Anpassung der Bundeszuschüsse an die tatsächlichen Kosten (keine
- 33 Pauschalen).
- 34 3. Reform der Steuerstruktur
- 35 - Prüfung einer wachstumsfreundlichen Steuerstruktur im Sinne von SPD-Ökonom Prof.
- 36 Rürup: Verlagerung auf konsumorientierte Steuern (Mehrwertsteuer) statt einseitiger
- 37 Belastung von Einkommen und Arbeit.
- 38 - Sicherstellung, dass sozialstaatliche Ziele wie Kindererziehung und Pflege erhalten
- 39 bleiben, jedoch künftig solidarisch aus Steuermitteln finanziert werden.
- 40 4. Deckelung der Beitragsbelastung
- 41 - Beitragssatz-Deckelung bei maximal 40 % des Bruttolohns.
- 42 - Ziel: nachhaltige Entlastung von Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen.
- 43 5. Parlamentarische Verankerung
- 44 - Aufnahme des Modells in den Koalitionsvertrag nach 2025.
- 45 - Aufnahme unserer Forderung in die Kommission zur Reform der Rentenversicherung nach
- 46 Koalitionsvertrag.

47 **4. Zielsetzung**

- 48 - Mehr Netto vom Brutto für Arbeitnehmer:innen.
- 49 - Planbare und niedrigere Lohnnebenkosten für Arbeitgeber:innen
- 50 - Verbesserung der internationalen Wettbewerbsbedingungen
- 51 - Gerechtere Finanzierung sozialstaatlicher Aufgaben über das gesamte
- 52 Steueraufkommen.
- 53 - Stärkung des Sozialversicherungssystems durch transparente und saubere
- 54 Finanzierungsstrukturen.
- 55 - Akzeptanzsteigerung: Beiträge sind wieder klar mit Gegenwert verknüpft.

Empfänger*Innen

SPD Bundestagsfraktion

SPD Bundesvorstand

Antrag S04: Reform der „Sozialen Sicherungssysteme“

Laufende Nummer: 38

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	S - Soziale Absicherung

- 1 Der SPD- Parteivorstand, die SPD- Bundes- und Landtagsfraktionen sollen eine Reform
- 2 der „Sozialen Sicherungssysteme“ einleiten. Diese Reform muss alle Bereiche
- 3 einbeziehen und sie wird von allen einen Beitrag dazu fordern.
- 4 1. Die versicherungsfremden Leistungen sind komplett und dauerhaft über
- 5 Steuerzuschüsse aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren. Zur Finanzierung sind die
- 6 Bereiche Erbschafts- und Vermögenssteuer zu aktualisieren sowie auch die
- 7 Beteiligung von Mietgewinnen und Kapitalerträgen.
- 8 2. Der Eingangsbetrag für den Spitzensteuersatz soll auf 150.000 € angehoben
- 9 werden,
- 10 3. Es sind Selbständige für 20-30 Jahre verpflichtend in das Rentensystem
- 11 einzubinden mit für sie bezahlbaren Beitragssätzen.
- 12 4. Die Beamten, die noch keine 5 Jahre verbeamtet sind, sollen nur noch 52% vom
- 13 letzten Bruttogehalt als Pension erhalten (Finanzierung aus dem laufenden
- 14 Etat!).
- 15 5. Im neuen Rentensystem zählt nicht mehr das Lebensalter für den Renteneintritt,
- 16 sondern die Beitragsjahre (45 Jahre sind dabei anzustreben).
- 17 6. Für alle sollte ein Lebensarbeitszeitkonto bei der Rentenversicherung eingeführt
- 18 werden, damit Arbeitnehmer selbst darüber entscheiden können, wann und wieviel
- 19 sie arbeiten wollen oder ob sie eine Auszeit nehmen für Kinder oder
- 20 Elternbetreuung.
- 21 7. Die Krankenversicherung ist zu entschlacken, die Anzahl der
- 22 Krankenversicherungen auf ein Minimum (ca120 aktuell) zu reduzieren, um so die
- 23 Koste für die Verwaltungen einzusparen.
- 24 8. Die Häusliche Pflege ist besser zu fördern.
- 25 9. Die Einführung eines Staatsfonds nach Schwedischen Beispiel zur strategischen
- 26 Unternehmensbeteiligung sowie zur Cofinanzierung eines besseren Rentenniveaus
- 27 ist umzusetzen.

Empfänger*Innen

SPD-Bundesvorstand

SPD Bundestagsfraktion

SPD Landtagsfraktionen

Antrag S05: Aktivrente für alle – Einbeziehung der Selbstständigen in das neue Altersvorsorgemodell

Laufende Nummer: 39

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	SV01
Sachgebiet:	S - Soziale Absicherung

1 Die AGS Bund beantragt, dass SPD und Bundesregierung folgende Maßnahmen beschließen:

2 1. Verpflichtende Einbeziehung der Selbstständigen

3 - Alle Selbstständigen werden in die Aktivrente einbezogen, sofern sie nicht
4 nachweislich in gleichwertigen Versorgungssystemen abgesichert sind.

5 - Einführung einer sozialverträglichen Mindestabsicherungspflicht mit
6 einkommensgerechten Beiträgen.

7 2. Flexible Beitragsmodelle

8 - Gestaltung von Beiträgen, die Einkommensschwankungen Selbstständiger
9 berücksichtigen.

10 - Möglichkeit freiwilliger Zusatzbeiträge zur Erhöhung des Rentenniveaus.

11 3. Aktivrente als flexibles Übergangsmodell

12 - Förderung längerer Erwerbstätigkeit auch für Selbstständige durch attraktive
13 Hinzuverdienstregelungen.

14 - Absicherung gegen Altersarmut durch Mindestansprüche.

15 4. Gleichbehandlung aller Erwerbstätigen

16 - Abschaffung von Sonderwegen, Integration aller Gruppen in das Solidarsystem.

17 - Einheitliche Regeln für Arbeitnehmer:innen, Selbstständige und Beamte im Rahmen der
18 Weiterentwicklung der Aktivrente.

19 5. Gesetzliche Verankerung

20 - Aufnahme der Selbstständigenpflichtversicherung in das Aktivrenten-Gesetz.

21 - Schaffung eines Härtefallfonds für Geringverdiener:innen unter den Selbstständigen.

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Regierungsmitglieder

Antrag S06: Einführung einer Lebenszeitrente nach österreichischem Modell – Einbeziehung der Beamtenpensionen in ein einheitliches Rentensystem

Laufende Nummer: 47

Antragsteller*in:	Bundeschvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	S - Soziale Absicherung

1 Die AGS Bund beantragt, dass SPD und Bundesregierung folgende Maßnahmen umsetzen:

2 1. Einheitliches Rentensystem

3 • Schrittweise Integration der Beamtenversorgung in die gesetzliche
4 Rentenversicherung.

5 • Auflösung der Sondersversorgungssysteme zugunsten eines einheitlichen Modells für
6 alle Erwerbstätigen.

7 2. Lebenszeitrente nach österreichischem Vorbild

8 • Berechnung der Rente auf Grundlage aller Beitragsjahre.

9 • Sicherstellung eines Rentenniveaus von mindestens 70 % des
10 Durchschnittseinkommens.

11 3. Finanzierungsbasis verbreitern

12 • Alle Erwerbstätigen, einschließlich Selbständigen und Beamten, werden zur
13 Beitragszahlung verpflichtet.

14 • Anpassung der Beitragsbemessungsgrenzen, um höhere Einkommen stärker
15 einzubeziehen.

16 4. Übergangsregelungen

17 • Schutz erworbener Ansprüche für heutige Beamte und Rentner:innen.

18 • Langfristige Harmonisierung, um Brüche und Härten zu vermeiden.

19 5. Politische Verankerung

20 • Aufnahme der Reform in das SPD-Regierungsprogramm 2025–2029.

21 • Einbettung einer Unter-Kommission „Lebenszeitrente“ in die Erarbeitung der
22 Sozialstaatsreform anlässlich der Fassung des neuen Grundsatzprogramms mit
23 Vertreter:innen aus Politik, Sozialpartnern, Wissenschaft und Betroffenen.

24

25

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Regierungsmitglieder

Antrag SV01: Aktivrente ohne Erwerbsform-Diskriminierung: Selbstständige gleichberechtigt berücksichtigen

Laufende Nummer: 10

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Bayern
Status:	erledigt durch S05
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch S05
Sachgebiet:	SV - Steuern, Vergütung

- 1 Die AGS setzt sich für eine Aktivrente ein, die Selbstständige gleichberechtigt
- 2 einbezieht. Der steuerliche Freibetrag für Erwerbseinkommen im Alter gilt unabhängig
- 3 von der Erwerbsform auch für Selbstständige in gleicher Höhe und Ausgestaltung.
- 4 Pflichtversicherte Selbstständige (z. B. Lehrkräfte, Physiotherapeut:innen,
- 5 Handwerker:innen) werden ausdrücklich gleichgestellt. Doppelbeiträge (Versorgungswerk
- 6 plus DRV) dürfen nicht Voraussetzung für den Anspruch sein.

Empfänger*Innen

SPD Bundestagsfraktion

SPD Bundesvorstand

Antrag SV02: Vereinheitlichung von körperschaft- und gewerbesteuerlicher Bemessungsgrundlage unter Aufrechterhaltung der kommunalen Finanzautonomie

Laufende Nummer: 22

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Bayern
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	SV - Steuern, Vergütung

- 1 Die AGS schlägt vor, die Vorschriften zur Ermittlung des Gewerbeertrages und des zu
- 2 versteuernden Einkommens zu vereinheitlichen.

Empfänger*Innen

SPD Bundestagsfraktion

Antrag SV03: Antrag auf mehr Steuergerechtigkeit bei der Gewerbesteuer für Einzelgewerbetreibende und Personengesellschaften

Laufende Nummer: 23

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Bayern
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	SV - Steuern, Vergütung

- 1 Die AGS schlägt vor, dass die gezahlte Gewerbesteuer voll auf die Einkommensteuer
- 2 angerechnet wird. Auch wenn es dadurch zu Erstattungen kommt. Im Übrigen soll die
- 3 Gewerbesteuer bei Personengesellschaften proportional zu den aus dieser Gesellschaft
- 4 erzielten steuerpflichtigen Einkünften angerechnet werden.

Empfänger*Innen

SPD Bundestagsfraktion

Antrag SV04: Unterstützung der Europäischen / Deutschen Textverarbeitung Libre Office (Document Foundation)

Laufende Nummer: 45

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SV - Steuern, Vergütung

- 1 Finanzielle und logistische Unterstützung von Libre Office (Document Foundation) und
- 2 Einbettung in alle Plattformen, die in Europa mit europäischen Steuergeldern anteilig
- 3 oder voll finanziert werden.

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagsfraktion SPD-Landtagsfraktionen SPD-Mitglieder des Europäischen Parlaments